

Staatensystem und politische Ordnung im europäischen Umfeld vor 1938

Von Karl Spreitzhofer

Wer vor dem März 1938 in Europa über „den Krieg“ sprach, meinte gewöhnlich den Ersten Weltkrieg, der kaum zwanzig Jahre zurücklag und dessen Folgen noch überall spürbar waren. Der aufmerksamere Beobachter aber, sei es der Zeitungsleser oder der Diplomat in den Staatskanzleien, der die aggressive Politik und die gezielte Aufrüstung des nationalsozialistischen Deutschland verfolgte und das imperialistische Ausgreifen des faschistischen Italien sah, dieser Beobachter meinte mit „Krieg“ schon den drohenden neuen europäischen Krieg. Es war mit Blick auf Japan und dessen Pakt mit dem Deutschen Reich bereits der Zweite Weltkrieg abzusehen. Der heiße Krieg konnte noch für eineinhalb Jahre aufgeschoben, aber nicht mehr verhindert werden. Der Fall Österreichs war jedenfalls der Auftakt. Bis zum Einmarsch der Deutschen Wehrmacht und zum Anschluß waren zumindest die Grenzen in Europa für fast zwei Jahrzehnte stabil gewesen. Jetzt verschwand ein Staat einfach von der Landkarte.

Zum Verständnis dafür, wie es dazu kam und kommen konnte, ist ein Blick auf das Staatensystem und die politische Ordnung (oder Unordnung) von Nutzen, auf jenes System, von dem diese scheinbar stabile Landkarte getragen war. Das Europa der Zwischenkriegszeit zeigt starke Kontinuitäten und Parallelitäten, aber durchaus keine einheitliche Entwicklungslinie. Wer nach der Zäsur zwischen 1919 und 1939 sucht, wird sie am ehesten 1929 ansetzen, bei der Weltwirtschaftskrise. Andere sehen — mit nicht weniger Recht — den Umschwung in der Machtergreifung Hitlers 1933.

Wenn man die Zeit unter dem Aspekt der Bündnissysteme und der zwischenstaatlichen Beziehungen sieht, also unter einem außenpolitischen Gesichtspunkt, läßt sich eine Dreiteilung vornehmen:

1. die eigentliche Nachkriegszeit bis etwa 1923;
2. die Zeit der Konsolidierung und der kollektiven Sicherheit bis etwa 1935;
3. das Auseinanderbrechen der europäischen Friedensordnung ab 1935/36.

Die erste Phase war geprägt von der Durchsetzung der Friedensverträge. Die Vertragswerke von Versailles, Saint Germain und Trianon wurden von den Siegern als durchaus gerecht empfunden: als angemessene Beschränkung des angeblich kriegsschuldigen hegemonialen Deutschen Reiches, als gerechte Befreiung der unterdrückten Völker aus der habsburgischen Herrschaft Österreich-Ungarns. Die Unterlegenen empfanden sie als himmel-schreiendes Unrecht. Die versprochene Selbstbestimmung — in Österreich zum Beispiel der von allen Parteien gewünschte Anschluß an Deutschland —, diese Selbstbestimmung sollte nun nur für die Sieger gelten (und für die, die sich rechtzeitig auf die Seite der Sieger schlagen konnten). Amerika, dessen Präsident Wilson in seinen berühmten 14 Punkten die Selbstbestimmung und eine neue Friedensordnung verkündet hatte, zog sich aus Europa zurück.

Es ging nun um die Stabilisierung der Verträge oder um deren Revision.

Erweiterte Fassung eines am 26. Jänner 1988 gehaltenen Rundfunkvortrages.

Doch nur ein einziger unterlegener Staat erreichte eine Revision, nämlich die neue nationalrevolutionäre Türkei, die den Vertrag von Sèvres (1920) — den noch die alte osmanische Regierung geschlossen hatte — einfach nicht anerkannte und nach einem erfolgreichen Krieg gegen Griechenland im Vertrag von Lausanne (1923) bedeutend günstigere Bedingungen zugestanden bekam.

Diese Nachkriegsphase war außerdem geprägt von der Eindämmung der kommunistischen Revolution. Die Sowjetdiktatur konnte durch militärische Interventionen zwar nicht mehr unterdrückt, aber doch zurückgedrängt und durch einen „Cordon sanitaire“ von antibolschewistischen osteuropäischen Staaten in Schranken gehalten werden. Revolutionäre Regungen in Mitteleuropa konnten — etwa in Österreich — kanalisiert bzw. in den Anfängen unterdrückt oder — wie in Ungarn und in einigen deutschen Ländern — militärisch niedergeworfen werden.

Es gab in dieser Zeit noch regelrechte Nachkriege, z. B. den erwähnten griechisch-türkischen Krieg oder den Krieg Polens gegen Sowjetrußland, und lokale Befreiungs- oder Abwehrkämpfe (je nach Gesichtswinkel), bei uns etwa in Kärnten, im Burgenland, zugleich in Oberschlesien, im Baltikum, es gab einzelne Volksabstimmungen, es gab abstimmungsgerechte und willkürliche Grenzziehungen — und es blieb vor allem (von Südtirol bis zum Memelland und von Danzig bis zu den Meerengen) eine lange Reihe von Territorialfragen ungelöst.

Die zweite Phase — ab 1923 — ist gekennzeichnet von einer weitgehenden Anerkennung der Pariser Friedensordnung, einer allmählichen Versöhnung der Gegner innerhalb eines kollektiven Sicherheitssystems und von einer Konsolidierung, Absicherung und Erweiterung der bestehenden Bündnisse. Frankreich fühlte sich als politische und militärische Vormacht auf dem Kontinent. Es arbeitete eng mit Großbritannien zusammen, das allerdings den Revisionswünschen der Verlierer geneigter und überhaupt mehr auf das traditionelle Gleichgewichtsdenken orientiert war. Frankreich hatte durch die Oktoberrevolution seinen jahrzehntelangen östlichen Verbündeten Rußland verloren. Es suchte nun Ersatz und fand ihn in Polen und dessen (ohne Liebe) gegen Rußland verbündeten baltischen Nachbarn; es fand ihn vor allem in der Kleinen Entente zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, die sich in erster Linie gegen Revisionswünsche des hinter seine Volksgrenzen verkleinerten Ungarn und gegen eine Restauration der Habsburger richtete, aber auch gegen alle Anschlußwünsche Österreichs. Für den Fall des Anschlusses waren gemeinsame militärische Vorbereitungen getroffen worden. Im Südosten kam es spät (1934) noch zum Balkanpakt zwischen Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei. Das isolierte Ungarn hatte sich nach der Lösung der Burgenlandfrage dem ebenfalls isolierten Österreich genähert; 1927 schloß es einen Freundschaftsvertrag mit Mussolinis Italien, das ab 1930 auch der Hauptverbündete Österreichs wurde. Italiens Interessen im Donaauraum führten diese Vertragslinie zwischen den drei Ländern weiter bis zu den Römischen Protokollen von 1934.

Viele dieser Bündnisse waren „unnatürlich“ und im Inneren höchst unpopulär, man denke nur an Italien und Österreich, wo der „Verrat“ von 1915 noch präsent und die Südtirolfrage offen waren, oder an Griechenland und die Türkei. Solche Verträge trugen bereits beim Abschluß den Keim des Zerfalls in sich.

Die Sowjetunion blieb vorerst außerhalb der Systeme. Sie fand nur zu einer vorläufigen Verständigung mit einem anderen Verlierer, mit Deutschland, nämlich in Rapallo 1922 (der Vertrag wurde 1926 erneuert). Erst ab 1932, intensiver ab 1934 — gleichzeitig mit dem Ausscheren Deutschlands — wurde sie durch einzelne Nichtangriffspakte (so mit Polen und Rumänien) und regelrechte Militärbündnisse (so 1935 mit der Tschechoslowakei und Frankreich) in das Sicherheitssystem einbezogen.

Diese mittlere Phase war gleichzeitig die große Zeit des Völkerbundes, der internationalen Wirtschafts- und politischen Konferenzen und der Abrüstungsverhandlungen. Letztere brachten außer einigen Flottenbegrenzungsabkommen letztlich wenig. Von den Konferenzen bot vor allem der Vertrag von Locarno (1925) berechtigte Hoffnung auf Sicherung des Friedens, während der Kellogg-Pakt von 1928 mit seiner Ächtung des Krieges wohl den Forderungen der Friedensbewegung und des Völkerbundes entsprach, aber nicht der nüchternen europäischen Wirklichkeit.

Maßvolle Politiker wie der Franzose Briand und der Deutsche Stresemann ließen am Völkerbund zeitweise sogar dessen Geburtsfehler vergessen, daß er nämlich ein Bund der Sieger war. Der Völkerbund wurde vor allem für kleine Länder ein Forum ihrer Anliegen. An konkreten Streitfällen vermochte seine Schiedsgerichtsbarkeit allerdings nur sehr wenig zu schlichten. Er funktionierte nur, solange alle Großmächte an ihm interessiert waren.

Für Österreich brachte er zweimal (1922 und 1932) nützliche Völkerbundanleihen zur Stützung der Wirtschaft — allerdings mit schweren politischen und wirtschaftlichen Auflagen (Erneuerung des Anschlußverbotes, Verpfändung von Staatseinnahmen, Völkerbundkommissar). Politisch blieb es ab 1934 bei bloß anerkennenden Worten für Dollfuß und Schuschnigg in deren Widerstand gegen Hitler. Und 1938 protestierten vor dem Forum Völkerbund neben Spanien nur noch zwei eher exotische Länder (Mexiko, Chile) gegen die Vergewaltigung Österreichs, und das nur, um auf eigene Existenzprobleme aufmerksam zu machen.

Aus heutiger Sicht mag man sich fragen, warum man nicht zur Neutralität Zuflucht nahm, um nicht auf unsichere Bündnispartner wie Italien angewiesen zu sein, dessen geforderter Preis für das Bündnis — nämlich die Ausschaltung der Sozialdemokratie und die Einrichtung des Ständestaates unter Beteiligung der quasifaschistischen Heimwehren — das Land in die innere Paralyse trieb. Nun: Neutralität gedeiht nur, wo es dem mächtigen Nachbarn gefällt, wo sie vertraglich garantiert ist und wo sie notfalls verteidigt werden kann. Das Beispiel Belgiens aus dem Ersten Weltkrieg (es war völkerrechtswidrig von Deutschland besetzt worden) stand noch allen vor Augen. (Nebenbei: Den neutralen Ländern Holland, Dänemark und Norwegen nützte ihr Status im Zweiten Weltkrieg nichts. Nur die Schweiz und Schweden entgingen der deutschen Okkupation.) Österreich übte — trotz verschiedener konkreter Ansätze — daher in den zwanziger Jahren eine faktische, nicht formelle Neutralität und ging dann den Weg der direkten Rückendeckung bei Italien und des verzweifelten direkten Ausgleichs mit Deutschland im Juliabkommen 1936, als das kollektive Sicherheitssystem zerbrach.

Wir sind damit in der dritten Phase der Zwischenkriegszeit. Hitlerdeutschland und Japan traten 1933 aus dem Völkerbund aus, Italien folgte 1937. Spanien hatte es schon kurzfristig in den zwanziger Jahren getan. Als ein von

Frankreich initiiertes „Ostpakt“ — eine Art „Ost-Locarno“ zur Garantie der Grenzen Osteuropas — an Deutschland scheiterte, dieses sich vielmehr 1934 mit Polen verständigte, wurde die bisher geächtete Sowjetunion in den Völkerbund aufgenommen und in die schon erwähnten Westbündnisse einbezogen — ohne daß sie dadurch berechenbarer oder gar „demokratischer“ geworden wäre.

Deutschland gewann 1935 die Saarabstimmung, kündigte die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages, führte 1936 die allgemeine Wehrpflicht ein, kündigte den Locarno-Vertrag und besetzte das entmilitarisierte Rheinland. 1936 griff es auch (mit Italien) auf der Seite Nationalspaniens in den dortigen Bürgerkrieg ein. 1935 war in der „Stresa-Front“ noch einmal ein Bündnis zwischen den Westmächten und Italien gegen die andauernden Verletzungen der Friedensordnung durch Deutschland zustande gekommen. Es blieb aber rein deklamatorisch. Denn noch 1935 überfiel Italien Abessinien. Die vom Völkerbund verhängten Sanktionen blieben bewußt halbherzig. Die befürchtete Annäherung zwischen Italien und Deutschland war trotzdem nicht zu verhindern. Als „Achse“ (1937) bzw. später „Stahlpakt“ erhielt sie einen Namen. Italien verlor zugleich sein Interesse am Donauraum und an Österreich. Dieses wurde zunehmend auch im Westen isoliert, desgleichen in Mittel- und Osteuropa, denn Deutschland näherte sich Ungarn und Jugoslawien, letzteres verständigte sich mit dem bis dahin feindlichen Italien.

Frankreichs östliches Bündnissystem war durch diese Entwicklung bereits entwertet. Seine Handlungsfähigkeit war zudem durch die innere Labilität der Volksfrontregierungen zwischen Sozialisten und Kommunisten eingeschränkt und nach außen wenig vertrauenerweckend. England versuchte noch, durch ein Flottenabkommen (1935) und die folgende Appeasementpolitik Deutschland wieder in ein Rechts- und Vertragssystem einzubauen, zumal es für ein militärisches Eingreifen — ebenso wie Frankreich — zu wenig gerüstet war und auch die stark pazifistisch geprägte öffentliche Meinung nicht für ein solches zu gewinnen gewesen wäre. Österreich wurde diesem Ziele geopfert, im Herbst 1938 auch noch die Integrität der Tschechoslowakei durch die erzwungene Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland. Gerechtfertigt wurden diese Opfer als verspätete Einräumung des Selbstbestimmungsrechtes. Tatsächlich war es zu spät. Als Hitler auch noch die Resttschechei zerschlug und schließlich von Polen Danzig und den Korridor forderte, sahen die Westmächte erst die Aussichtslosigkeit ihrer Beschwichtigungspolitik gegenüber einem hemmungslosen Friedensstörer ein.

Wie konnte es dazu kommen, daß ein zwar unvollkommenes, mit schweren Mängeln behaftetes, aber zeitweise gleichwohl funktionierendes Friedenssystem in wenigen Jahren zerbrach? — Da war einmal die wirtschaftliche Not, welche politischen Extremisten den Weg bereitete. Einem zaghaften und ungenügenden Aufschwung — der in Deutschland immer noch von der ungelösten Frage der Kriegsreparationszahlungen überschattet war — hatte die Weltwirtschaftskrise ein abruptes Ende bereitet. Der Aufstieg der NSDAP in Deutschland und ihre Attraktivität in Österreich waren — neben genug anderen Faktoren — begründet im Versprechen, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen.

Da waren die mangelnde Erfahrung der meisten europäischen Länder mit demokratischen Umgangsformen und das entweder gar nie ausgebildete oder

— angesichts dauernder Erfolglosigkeit — schwindende Vertrauen in den Parlamentarismus. Die Demokratien besaßen zu wenig innere Abwehrkraft gegen die Gewalt, gegen die „starken Männer“, gegen die Demagogen und ihre Privatarmeen, gegen autoritäre und diktatorische Regime. Umstürze und Staatsstriche wurden vom Völkerbund als innere Angelegenheiten der jeweiligen Länder betrachtet. Es hatte 1922 mit der faschistischen Machtergreifung in Italien begonnen und mündete 1933 in die NS-Gewaltherrschaft in Deutschland. Dazwischen lagen (bzw. folgten noch) — unabhängig davon, ob es sich um Republiken oder Monarchien handelte — Polen, Litauen, Estland und Lettland, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien; schon früh auch Spanien und Portugal. Der österreichische autoritäre Ständestaat von 1934 war, so gesehen, nur eine geläufige Erscheinung im europäischen Rahmen.

In ganz Mittel-, Ost- und Südeuropa bestand 1938 nur eine einzige Demokratie, die diesen Namen verdiente: die Tschechoslowakei. Und selbst diese hatte ihre inneren Probleme — vor allem die den Slowaken zugesagte Autonomie und die Minderheitenfrage gegenüber den Sudetendeutschen und den Slowakeiungarn — nicht zu lösen vermocht.

„Gewalt in der Politik“ heißt der bekannte Titel eines Buches des Zeit-historikers Gerhard Botz. Er listet darin alle innenpolitischen Zusammenstöße, Straßenunruhen, Attentate, politischen Morde, Putschversuche, Bürgerkriege und staatlichen Repressionen im Österreich der Ersten Republik auf. Es gibt nur wenige europäische Staaten, für welche sich keine ähnliche Liste der „Gewalt in der Politik“ erstellen ließe. Selbst eine bewährte parlamentari-sche Demokratie wie Frankreich stand etwa 1934 bei Straßenkämpfen gegen kommunistische Streiker und faschistische Ligen am Rande des Zusammen-bruches.

Gewalt, Mißachtung demokratischer Spielregeln und politischer Kultur, Vergötzung der Eigeninteressen und rücksichtslose Verfolgung des Gegners kennzeichneten — hier stärker, dort schwächer — die inneren Auseinander-setzungen in der Mehrzahl der europäischen Staaten, schon als noch Friedens-verträge, gutwillige Politiker und der Zwang der Bündnisse das kollektive Sicherheitssystem zusammenhielten. Man gewöhnte sich an die Gewalt.

Sobald die Gewalt der aggressiven Diktatoren sich aber von innen nach außen wandte, zerbrach das System. Die seit 1918 ungelösten, nur überdeck-ten Fragen wurden wieder virulent. Europa zeigte sich wie ein Tisch voller unbeglichener Rechnungen, an dem sich die Kleinstaaten gegeneinander aus-spielen ließen und die großen Demokratien vorerst hilflos zuschauten. Nur ein kleines von vielen Beispielen: Polen nützte die internationale Aufmerk-samkeit um den Anschluß Österreichs noch im März 1938, um von Litauen ultimativ die Anerkennung des polnischen Wilna zu fordern.

Polen wurde einhalb Jahre später das dritte Opfer Hitlers. Österreich war das erste. Es war ihm nicht gelungen, glaubwürdig und mit einer Stimme seine Existenz und seine freie politische Wegwahl im Zentrum Euro-pas als Voraussetzung für einen europäischen Frieden unentbehrlich zu ma-chen.

Zu den politischen Entwicklungen in der Steiermark während der Jahre 1934/35

von Hans Kersch

Die Steiermark war im Jahre 1934/35 ein Land, in dem die politischen Verhältnisse sich in einem rapiden Wandel befanden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden.

Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden.

Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden.

Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden. Die politische Lage war durch die Ereignisse des Jahres 1934/35 grundlegend verändert worden.